

Die
Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR
SOZIALISMUSUNDPOLITIK

Herausgegeben von
Dr. Rudolf Hilferding

ERSTER BAND

1932



J. H. W. DIETZ NACHF.
BERLIN

UNTER DER DROHUNG DES FASCHISMUS

Von Rudolf Hilferding

I.

In einer kleinen Broschüre¹⁾, worin er die Taktik der deutschen Kommunisten beim Volksentscheid gegen die preußische Regierung geißelt, schreibt T r o t z k i :

„Ob neben den Kommunisten auch Faschisten stimmen oder nicht, würde jede Bedeutung verlieren in dem Augenblick, wo das Proletariat durch seinen Vorstoß die Faschisten niederwirft und die Macht in seine Hände bringt. Für das Sprungbrett kann man jedes Brett benutzen, auch das Brett des Volksentscheids., Man muß nur die Möglichkeit haben, den Sprung tatsächlich, nicht in Worten, sondern in der Tat auszuführen. Das Problem läuft folglich auf das Kräfteverhältnis hinaus. Auf die Straße gehen mit der Parole „Nieder die Regierung Brüning-Braun“, wenn nach dem Kräfteverhältnis diese nur die Regierung Hugenberg-Hitler ablösen kann, ist reinstes Abenteuerertum . . .“

Und über das Kräfteverhältnis selbst urteilt Trotzki an anderer Stelle:

„Wenn Thälmann den Mut gehabt hätte, alle Elemente der politischen Lage aufzuzählen und abzuwägen, dann wäre er gezwungenermaßen zu der Schlußfolgerung gekommen: ungeachtet der ungeheuren Krise des kapitalistischen Systems und des bedeutenden Wachstums des Kommunismus in der letzten Periode, ist die Partei noch immer zu schwach, um eine forcierte revolutionäre Lösung anzustreben. Umgekehrt, diesem Ziele streben die Faschisten zu. Dazu haben sie die bereitwillige Hilfe aller bürgerlichen Parteien, eingerechnet die Sozialdemokratie. Denn die Kommunisten fürchten sie alle mehr als die Faschisten. Mit Hilfe der preußischen Volksabstimmung wollen die Nationalsozialisten das unbeständige staatliche Gleichgewicht zertrümmern, um die schwankenden Schichten der Bourgeoisie zu zwingen, sie – die Faschisten – zu unterstützen bei dem Blutgericht über die Arbeiterschaft. Den Faschisten dabei zu helfen, wäre von unserer Seite die größte Dummheit“²⁾.

¹⁾L. T r o t z k i : Gegen den Nationalkommunismus. (Lehren des „roten“ Volksentscheids.) Ueber Arbeiterkontrolle der Produktion A. Grylewicz, Berlin-Neukölln, Brusendorfer Str. 23.

²⁾ Die Bezeichnung der Sozialdemokratie als Helferin des Faschismus kann hier um so mehr auf sich beruhen bleiben, als Trotzki an einer anderen Stelle von Thälmann die Vertretung des folgenden Stand-

Man brauchte diesen Zitate wirklich nichts hinzuzufügen, um die Taktik der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Brüning zu erklären. Denn wenn das Kräfteverhältnis der Arbeiterklasse selbst unter der heute unmöglichen Voraussetzung eines einheitlichen und einigen Zusammengehens der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter momentan sicher nicht ausreicht, um bei Forcierung des Kampfes den Gegner niederzuwerfen und die Macht zu ergreifen, so bedeutet die parlamentarische Beseitigung der Regierung Brüning im Verein und in gleicher Kampfesfront mit Hitler und Hugenberg auf keinen Fall eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterschaft, sondern deren neue Schwächung. Denn sie würde den Nationalsozialisten zu ihrer bisherigen Stärke die Verfügung über die Staatsmacht – Reichswehr und Polizei – einräumen, und eine Taktik, die dies bewirkte, wäre wirklich das Gegenteil von revolutionär. Jedes Wort des Hohne und der Enttäuschung mit dem Trotzki das Zusammengehen der Kommunisten mit der faschistischen Reaktion bei dem preußischen Volksentscheid verurteilt, gälte für das parlamentarische Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Harzburger Front und kann mit vollem Recht auf das bisherige und kommende kommunistische Verhalten im Reichstag jederzeit angewandt werden. Denn der Sturz Brünings bedeutet eben freie Bahn für eine Rechtsregierung im Reiche und in Preußen. Er bedeutet die Einsetzung einer Rechtsregierung gerade in der Zeit der Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl, der politisch wichtigsten der bevorstehenden Ent-

punkts fordert: „Die Sozialdemokraten Faschisten zu nennen – das ist selbstverständlich eine Dummheit, welche uns selber verwirrt und uns stört, den Weg zu den sozialdemokratischen Arbeitern zu finden. Diese Dummheit abzulehnen, ist das beste, was wir machen können. Was aber das betrifft, als ob wir unter dem Vorwand der Verteidigung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen einfach die Macht ergreifen wollen, sagen wir den sozialdemokratischen Arbeitern: Ja, wir Kommunisten erstreben die Er kämpfung der Macht, aber dazu haben wir die unbedingte Mehrheit der Arbeiterklasse notwendig. Der Versuch, gestützt auf eine Minderheit die Macht zu ergreifen, wäre verächtliches Abenteurerertum, mit dem wir nichts Gemeinsames haben. Wir können die Mehrheit der Arbeiter nicht zwingen, mit uns zu gehen, wir können sie nur überzeugen. Wenn die Faschisten die Arbeiterklasse zertrümmern würden, dann könnte von einer Eroberung der Macht durch die Kommunisten auch nicht die Rede sein. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen vor den Faschisten zu schützen, bedeutet für uns, uns die Möglichkeit zur Ueberzeugung der Arbeiterklasse zu sichern und sie zu uns zu führen. Darum können wir nicht anders zur Macht kommen, als alle Elemente der Arbeiterdemokratie im kapitalistischen Staate schützend, nötigenfalls mit der Waffe in der Hand.“

Scheidungen. Der Sturz der Regierung von links her durch die Sozialdemokratie zwingt das Zentrum nach rechts, zerstört damit den letzten Widerstand im bürgerlichen Lager gegen den Faschismus, schmiedet selbst den reaktionären Block zusammen im selben Moment, in dem nichts wichtiger ist, als diesen Zusammenschluß zu verhindern.

Es gibt merkwürdige Politiker, die sich mit solcher Entwicklung abfinden zu können glauben. Krise und außenpolitische Verhandlungen machen jedes Regieren furchtbar schwer und unpopulär. Wäre es da nicht wünschenswert, die Nationalsozialisten in die Regierung zu nehmen, sie zu zwingen, wirtschaftlich und politisch die Verantwortung zu tragen, sich auf diese Weise selbst rasch abzunützen und für die wachsende Popularität die unpopuläre Bürde der Regierungslast einzutauschen?

Die so argumentieren, vergessen leider eine Kleinigkeit: den Unterschied zwischen einer parlamentarischen und einer faschistischen Partei. Sich „abnützen“, unpopulär werden, Wähler verlieren, das ist Risiko und Gefahr für die parlamentarische Partei; eine parlamentarische Opposition in die Verantwortung hineinzuzwingen, kann richtige Taktik sein – Stresemann hat das Experiment mit den Deutschnationalen mit einigem Erfolg exerziert – so lange das parlamentarische System selbst gesichert, die letzte Entscheidung bei den Wählern bleibt und ihnen gewiß ist. Sich abnützen und unpopulär werden bedeutet kein Ende der politischen Macht, wenn das Parlament beseitigt wird und keine Wahlen mehr stattfinden. Denn Verantwortung hört auf, eine Gefahr zu sein, wenn der ausgeschaltet und machtlos wird, der zur Verantwortung ziehen kann. Die Faschisten erst in die Macht einzusetzen, in der Hoffnung, sie werden sie auf unfaschistische Weise wieder aufgeben, ist kein Experiment mehr, denn der Ausgang ist gewiß, sondern Verzweiflung und bedingungslose Kapitulation.

Anders stünde es auch dann nicht, wenn man sich vorstellte, die Nationalsozialisten säßen in einer Koalitionsregierung, die das Zentrum nach dem Sturze der gegenwärtigen Reichsregierung tolerieren oder aktiv unterstützen würde. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Nationalsozialisten, die dann ja ihre Bedingungen stellen könnten, da keine Rechtsregierung ohne sie über eine Majorität verfügte, in die Reichsregierung gingen, ohne das Reichswehrministerium zu besetzen, und in die preußische Regierung ohne Verfügung über das Ministerium des Innern und damit über die Polizei – aber gesetzt den Fall, sie täten es, ge-

nügte dann nicht die bloße Anwesenheit von nationalsozialistischen Ministern in der preußischen und der Reichsregierung, um Polizei und Reichswehr allen Einflüssen der nationalsozialistischen Agitation hemmungslos preiszugeben? Könnte eine solche Rechtsregierung, selbst eine stärkere Widerstandskraft der anderen Partner vorausgesetzt, etwas anderes sein als ein kurzer Uebergang zu einer rein faschistischen Regierung, die den Reichstag dauernd ausschaltete und dauernd ihre Macht mit allen Mitteln der organisierten, ihr dann uneingeschränkt zur Verfügung stehenden Staatsgewalt aufrechtzuerhalten suchte? Und wäre die Abwehrkraft der Arbeiterschaft wirklich stärker, wenn die Versammlungs- und Preßfreiheit beseitigt wäre, die Organisationen nur mehr als Geheimbünde fortbestehen könnten?

Wenn diese Gründe, die ja seit dem Ausgang der Wahlen mit unvermindertem Gewicht auf die politische Entscheidung wirken, diesmal doch von neuem geprüft werden mußten und auf ernste Gegengründe stießen so trägt daran die Politik der Reichsregierung – wir sprechen hier zunächst nur von den politischen und nicht von den wirtschaftlichen Erwägungen – die Schuld. Wir denken an das Verhalten der Reichsregierung gegenüber der gesteigerten Aktivität der nationalsozialistischen Partei.

Auf zwei grundlegenden Gebieten hat diese Partei in der letzten Zeit eine Tätigkeit begonnen, die über das Agitatorisch-Politische weit hinaus geht und sich zum Angriff auf die Souveränität des Reiches gestaltet hat. Das eine ist das Gebiet der *a u s w ä r t i g e n P o l i t i k*. Herr Hitler verkündet den bevorstehenden Sturz der Reichsregierung, seine bevorstehende Uebernahme der Macht, er erklärt die Reichsregierung für verhandlungsunfähig und sucht sie eben durch dieses Vorgehen selbst im Auslande dazu zu machen; er gibt als kommender Regierungschef dem Ausland seine Verhandlungsgrundlagen bekannt und entwertet die der bestehenden, in schwierigen Verhandlungen befindlichen Regierung. Diese setzt sich endlich zur Wehr, der Reichskanzler weist klar und energisch die Anmaßung zurück. Als erster Schritt sehr gut. Aber entspricht die Gesamthaltung der Regierung wirklich den Geboten, die die steigende Gefahr stellt?

Die Gefahr für die auswärtige Politik ist groß, man soll sie nicht verkleinern. Die Vertreter der auswärtigen Mächte sehen die Schwäche des Widerstandes, den die Hitlerpartei im Bürgertum findet, sie hören die Vorhersagen Hitlers über den bevorstehenden Sturz der Reichsregierung nur zu oft

bestätigt von jenen „Wirtschaftsführern“, die sie in ihren Salons empfangen, und sie verstehen nicht den Langmut und das Zaudern einer Regierung, der man das Recht bestreitet, ohne das Regieren überhaupt unmöglich ist.

Und dazu kommt ein anderes. Eine Rechtsregierung in Deutschland – sie wird von dem französischen Nationalismus als gute Chance betrachtet. Eine Hitlerregierung bedeutet, daß in den Augen eines großen Teils der Welt der französische Widerstand gegen die Abrüstung gerechtfertigt erscheint. Die französischen Vertreter werden auf der Abrüstungskonferenz ihre Reden sparen können, eine Geste zur deutschen Rechtsregierung hin wird genügen. Daß diese Regierung auch eine Frucht des französischen Nationalismus wäre, ist ein Argument, dessen Durchschlagskraft dann nicht ausreichen wird. Aber auch abgesehen davon verstärken sich naturgemäß im Ausland die Bedenken, Abmachungen mit einer Regierung zu treffen, deren Autorität in solcher Weise erschüttert werden kann, und die Erwägung gewinnt Raum, die Verhandlungen hinzuziehen, bis die Verhältnisse durchsichtiger geworden. Die Beschleunigung der Verhandlungen aber ist ein Lebensinteresse der deutschen Wirtschaft und der deutschen Politik und an der Klärung der innerpolitischen Machtverhältnisse hat wahrhaftig die Reichsregierung noch größeres Interesse als das Ausland.

Das zweite Gebiet, auf dem die Betätigung der Nationalsozialisten immer mehr einen Angriff auf die staatliche Souveränität darstellt, ist das *m i l i t ä r i s c h e*. Ihre Formationen wachsen nachgerade über den Rahmen einer Parteiarmee hinaus und sollen die Kaders für eine künftige faschistische Miliz bilden. Ist schon eine Parteiarmee und noch dazu die Armee einer Partei, welche offen gegen die Verfassung auftritt, in einem Rechtsstaat auf die Dauer unerträglich, so wird die Sache völlig unmöglich, sobald nach italienischem Muster die Parteiarmee nach der Macht ergreifung Bestandteil der Staatsmacht werden soll. Nimmt man dazu die Vorbereitungen, die getroffen werden, um durch sofortige Veränderungen in der Bürokratie auch den zivilen Machtapparat fest in die Hand zu bekommen, so stehen wir einem Vorgehen gegenüber, das der bestehenden Regierung denn doch die ernste Pflicht auferlegt, nicht nur zu reden, sondern zu – regieren. Da auch die Wirtschaftspolitik der Regierung gerade der Arbeiterschaft schwere Opfer auferlegt, schwerere als **nach** ihrer Auffassung auch die Wirtschaftskrise es rechtfertigen kann, so begreift man die immer wiederholte Frage in ihren Reihen: Was nützt die

Erhaltung einer Regierung, die die Dinge treiben läßt, ist dieses Treibenlassen nicht vielleicht noch größere Gefahr als reiner Faschismus?

Wenn die Frage verneint wurde, so einmal, weil man noch einmal der Regierung die Gelegenheit geben wollte, ihre Pflicht zum Schutze der Verfassung zu erfüllen, sodann weil man gerade in dieser gefährvollen Situation die Existenz der preußischen Regierung nicht gefährden durfte, vor allem aber, weil man nicht aktiv den noch so schwachen Damm zerstören, der Flut selbst den Weg öffnen wollte. Kommt der Dammbruch, dann sollen die allein die Verantwortung und die Schuld tragen, die es versäumt haben, ihn rechtzeitig zu verstärken.

Es waren diese allgemeinen politischen Erwägungen, die die Entscheidung der Fraktion bestimmten. Dazu kam die Einsicht, daß ja die Einberufung des Reichstags und die Aufhebung der Notverordnung zwar die politische Krise eröffnen, aber damit noch lange nicht die Möglichkeit geschaffen würde, an Stelle der Notverordnung ein besseres Recht zu setzen. Die Aufhebung der Notverordnung mit Hilfe und an der Seite der Harzburger Front, der sozialreaktionärsten Gruppierung, die der Reichstag je gekannt hat, wäre ein vorübergehender Akt gewesen. Entweder hätte die Regierung Brüning, wenn sie statt ihrer Demission die Auflösung des Reichstags gewählt hätte, die Notverordnung erneuert oder eine ihr folgende Rechtsregierung eine geänderte mit für die Arbeiterklasse schlechterem Inhalt erlassen. Die Einberufung des Reichstags vom 14. September hätte in dieser Situation nur eine politische Wirkung haben können, den Regierungssturz, vielleicht die Reichstagsauflösung. Beides hätte die wirtschaftliche Krise in diesem Moment gesteigert, ohne jede Aussicht, eine positive arbeitsfähige Mehrheit für eine der Arbeiterschaft günstigere Lösung zu schaffen. Deshalb erstreckt sich die Verantwortung der Sozialdemokratie auch einzig und allein auf die Frage der Erhaltung der Regierung, nicht auf den Inhalt der Notverordnung.

II.

Wir haben heute nicht die Absicht, eine wirtschaftliche Kritik der Notverordnung und ihrer einzelnen Bestimmungen zu geben. Dazu wird später noch oft Gelegenheit sein, wenn die voraussichtlich lange nachwirkenden, tief in das Wirtschaftsleben eingreifenden Regelungen sich in ihrem Zusammenstoß mit der Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen

Wirtschaft behauptet haben. Wir wollen hier nur einigen Erwägungen Raum geben, die erklären sollen, wieso es zu diesen Regelungen kommen konnte.

Der Krieg, der für Oekonomie und Politik, für die Beziehungen der Staaten und Nationen, für das Verhältnis der Klassen Epoche machte, bedeutet auch den Beginn der Umwälzung in den Rechtsgrundlagen und Rechtsauffassungen der kapitalistischen Gesellschaft. Zwei Grundsätze sind es, die im Krieg zum Durchbruch kommen: einmal wird prinzipiell das Allgemeininteresse, das mit dem Bedürfnis der wirkungsvollsten Kriegsführung identifiziert wird, dem Privatinteresse vorangestellt. Sodann wird die Privatwirtschaft im weiten Umfang staatlich geregelt, Art, Umfang und Preisgestaltung der Produktion vom Staate vorgeschrieben. Die Allmacht des Staates triumphiert über die Ohnmacht des Privaten. Der Grundsatz, daß das freie Spiel der Kräfte, daß die Befolgung der Privatinteressen des einzelnen Produzenten die höchste Produktivität und damit zugleich die Durchsetzung des Allgemeininteresses verbürge, der Grundsatz also, auf dem die kapitalistische Eigentums- und Rechtsordnung ideologisch beruht, wird in der Kriegswirtschaft preisgegeben.

Diese Erschütterung des kapitalistischen Bewußtseins, im Kriege begonnen, setzt sich in der Inflation fort. Die Inflation war besonders in Deutschland nicht nur ein ungeheurer Expropriationsprozeß, sondern zugleich ein Prozeß, der unberechenbar und unübersehbar den einzelnen in seinen Strudel riß, ohne daß für die meisten Gegenwehr oder Sicherung möglich war. Erschien im Kriege das Verhalten des Staates durch den Zwang des Krieges und die Hoffnung auf den Sieg gerechtfertigt, so erschien die Inflation als Willkür oder Unvermögen des Staates, der das Geld immer mehr seines Wertes beraubte. Und es war der neue Staat, dem die Verantwortung aufgelastet wurde. Die ökonomische Unzufriedenheit schlug um in die politische Opposition.

Hatte so die Kriegswirtschaft die ideologischen Grundlagen des kapitalistischen Rechtssystems untergraben, so fügte die Inflation zugleich die weitgehende Zerstörung der ökonomischen Grundlagen hinzu, auf der bisher die Existenz breiter kapitalistisch gesinnter Schichten beruht hatte. Dazu kam das allgemeine Gefühl der Unsicherheit und Unberechenbarkeit aller ökonomischen Vorgänge, die ganz allgemein eine Stimmung der Auflehnung und Rebellion schuf, auf deren Grundlage sich alle radikalen Strömungen entwickeln konnten.

In Westeuropa hatte die Inflation auch in den kriegführenden Staaten keine der deutschen ähnliche Ausdehnung gewonnen, wurde wie in England rückgängig gemacht oder blieb wie in Frankreich in Grenzen, die erträglich waren. Die Erschütterung des kapitalistischen Bewußtseins blieb in den westeuropäischen Mittelschichten gering und war bis zum Eintritt der Weltkrise eher in einer gewissen Rückbildung begriffen. Ganz anders in Deutschland, wo der Wiederaufbauprozess durch den Kampf um die Reparationen immer wieder durch Krisen unterbrochen wurde, durch Kapitalmangel gehemmt und gestört war, dass Gefühl der Unsicherheit nie schwand und die Furcht vor neuen Katastrophen immer aufs neue beunruhigte. Die Wirtschaftskrise traf hier auf eine geistige Verfassung, die von vornherein geeignet war, gegen das ganze „System“, gegen das staatliche wie das wirtschaftliche, zu rebellieren. Das deutsche Unglück erschien einerseits als Folge der Politik der „Feindmächte“, die das kapitalarme Deutschland zu immer neuen Tributen zwangen, andererseits als ein Versagen des Kapitalismus, der die immer wiederkehrende Bedrohung aller Schichten der bürgerlichen Gesellschaft mit neuer Verelendung nicht hindern konnte. Kapitalismus, das war aber im deutschen Bewußtsein nicht mehr das auf Vertragsfreiheit und gleichem Recht für alle beruhende System des ökonomischen Liberalismus; das war eine Wirtschaft, die vom Staate zu regeln, von ihm zu verantworten war. Das Versagen der Wirtschaft war ein Versagen des Staates. Konnte er nicht Ordnung schaffen, so mußte er neugeformt werden. Alle Wirtschaftsnot mündet so in politischem Umwälzungswillen, in Rebellion gegen den Staat.

Träger dieser Bewegung sind alle Deklassierten, das Wort hier nicht nur in seiner ökonomischen, sondern auch in seiner psychologischen Bedeutung genommen. Es sind alle die, die sich nicht nur in ihrer ökonomischen Existenz unsicher, benachteiligt oder zurückgeworfen fühlen, sondern auch alle, die sich in ihrer sozialen und politischen Geltung beeinträchtigt sehen. Die Rebellion umfaßt die depossedierten Fürsten und die führenden Schichten der Landwirtschaft, deren Monopol auf die leitenden Stellen im Staate bedroht, deren Herrschaftsstellung auf dem flachen Lande selbst seit der Aufhebung der Gutsbezirke erschüttert ist; sie ergreift die Bauern, die von der Agrarkrise und der überhohen Zinsenlast bedrückt sind, die Intellektuellen, die für ihr Bildungsprivileg fürchten, die Bürokratie, die den Einbruch ihr sozial und politisch fremder Elemente abwehren will, die Angestellten,

die ihre besondere Stellung gegenüber dem Arbeiter verteidigen wollen, und schließlich die Industriellen und Mittelständler aller Art, die den Aufstieg der Arbeiterklasse rückgängig zu machen oder wenigstens zu hemmen suchen. Sie alle aber werden geeint durch den Nationalismus, der ihnen die Befreiung von den Tributen zu bringen verspricht, und durch jene für Deutschland charakteristische tiefe gesellschaftliche Abneigung gegen die Arbeiterschaft, die den spezifisch sozialreaktionären Charakter der Bewegung bedingt. Es ist zugleich diese sozialreaktionäre Grundgesinnung, die den antidemokratischen und parlamentsfeindlichen Charakter der Bewegung zur Notwendigkeit macht, da ja moderne Demokratie zugleich den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse zum Inhalt hat.

Rebellion gegen den Kapitalismus, das bedeutet aber für alle diese Schichten etwas Verschiedenes, den Kampf gegen die besonderen Symptome, unter denen sie in der Nachkriegsentwicklung besonders leiden. Daher das Unzusammenhängende, Unklare und in sich Widerspruchsvolle des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms. Es kann nur auf einen Nenner gebracht werden, indem man eine Einzelercheinung ungeheuer überwertet und dann in den Mittelpunkt rückt, unter der alle oder doch die meisten leiden. Eine solche augenfällige Erscheinung sind die wachsenden Zinslasten, die den Mittelstand bedrücken.

Es sind alte Ideen, die wiederkehren. Die Beseitigung der Ausbeutung durch das Leihkapital, ohne sonst an dem Privateigentum, an dem Monopolbesitz der Produktionsmittel zu rühren, ist das Kernstück des kleinbürgerlichen, vorwissenschaftlichen Sozialismus, der nach den napoleonischen Kriegen in England entstand und schließlich in Frankreich durch Proudhon eine Zeitlang Bedeutung gewann. Proudhons Idee einer Volksbank, die durch Ausgabe von Arbeitsgeld jedem Produzenten unentgeltlichen Kredit zur Verfügung stellen sollte, kehrt in konfuserer Form im Arbeitsgeld Feders, in seiner Brechung der Zinsknechtschaft wieder. Proudhon, der Autor oder Erneuerer des berühmten Wortes „Eigentum ist Diebstahl“, wäre allerdings überrascht, zu sehen, daß das geistige Eigentum der deutschen Nationalisten aus dem Diebstahl an seinem Geistesgut stammt. Und es stimmt vielleicht etwas melancholisch, zu sehen, daß die berühmte Erstlingschrift von Karl Marx gegen Proudhon, das „Elend der Philosophie“, nicht imstande war, das Elend der Demagogie zu verhindern, durch die der Inhalt der Sozialreaktion mit sozialistischen Losungen erkämpft werden soll.

Es sind aber die Voraussetzungen, die der National-, sozialismus geschaffen hat, die überhaupt erst die Möglichkeit dieser Notverordnung erklären. Kriegerrecht und Inflation haben eines unangetastet gelassen: die Heiligkeit der Privatverträge. Das Kriegerrecht hatte Privatverträge nicht angetastet, sie nur unter Umständen abgelöst und die Kontrahenten voll entschädigt. Die Inflation hatte den Inhalt der Privatverträge ausgehöhlt, aber die Form bestehen lassen. Die beiden letzten Notverordnungen, die Osthilfverordnung zumal, gehen darüber entschieden hinaus. Sie greifen, sei es auf Grund des öffentlichen Rechts, sei es wie die Osthilfverordnung sogar nur auf Grund politischen Ermessens, unmittelbar in das Privatrecht, in bestehende Verträge ein, deren Inhalt sie ändern oder aufheben ohne Entschädigung der verletzten materiellen Interessen. Nach der Osthilfverordnung kann der Landrat, also ein politischer Beamter, bei Objekten bis 40 000 Mk., bei allen größeren der Minister den Inhalt der bestehenden privaten Kreditverträge abändern und neu festsetzen. Er kann zwangsweise die Verpflichtung zur Rückzahlung des geliehenen Kapitals hinausschieben, den Kapitalbetrag selbst herabsetzen und die Höhe der Zinsen bestimmen. Es ist Vernichtung des Privatrechts, entschädigungslose Expropriation bestimmter Kapitalistenschichten, begründet mit den Forderungen wirtschaftlicher Notwendigkeit und des Allgemeinwohls. Die letzte Notverordnung geht denselben Weg, nur daß sie den Inhalt der Änderungen genauer und allgemeiner präzisiert als das Osthilfgesetz. Prinzipiell aber ist der Schritt vollzogen, der das kapitalistische Recht, die ausnahmslose und gleiche Geltung der Privateigentumsordnung durchbricht zugunsten des wirklichen oder vermeintlichen übergeordneten Rechts der Gesamtheit.

Es ist ein vom kapitalistischen Standpunkt aus unerhörter Vorgang. Die Eingriffe in Privatrechte, die die bürgerliche Revolution zur Beseitigung persönlicher Privilegien vorgenommen hatte, dienten gerade der Herstellung der Rechtsgleichheit, des liberalen Rechtsstaats, sind also nicht Analogie, sondern Gegenteil des jetzigen Vorgehens, das in der Tat den Verteidigern der kapitalistischen Rechtsgrundlagen als kapitalistischer Bolschewismus erscheinen muß.

Die Regierung war zu ihrem Vorgehen aber nicht nur durch die geistige Situation bewogen, in der sich ein großer Teil der bürgerlichen Schichten befindet, sondern auch durch den Zwang der Krise und deren Rückwirkung auf die öffentlichen Finanzen. Sie glaubte den Mittelschichten in möglichst

weitem Umfang und in möglichst eklatanter, dem einzelnen fühlbarer Weise Hilfe leisten zu müssen, sollten sie nicht vollends der nationalistischen Agitation zur Beute fallen. Für die ländlichen Produzenten, die wirtschaftlich und politisch am gefährdetsten waren, waren die alten Mittel nicht mehr anwendbar. Die Zollpolitik war bereits aufs äußerste angespannt; vor allem aber versagte ihre Wirkung auf die Preise gerade wichtigster landwirtschaftlicher Produkte, da es sich herausstellte, daß die Preise der immer stärker gesunkenen Kaufkraft der städtischen Bevölkerung sich anpassen mußten und z. B. die Fleischpreise zur selben Zeit immer mehr sanken, da die Einfuhr völlig bedeutungslos geworden war. Die Entschuldungsaktion aus öffentlichen Mitteln — Steuern und Anleihen — fortzuführen, war angesichts der Finanzlage gleichfalls unmöglich geworden. Konnte man aus öffentlichen Mitteln nicht wirksam helfen, so blieb in der Tat nur der rücksichtslose Eingriff in das Privateigentum, in die privaten Verträge: die Expropriation der Gläubiger. War dies aber einmal für den landwirtschaftlichen Produzenten geschehen, dann war dasselbe Vorgehen für den städtischen Mittelstand schon schwerer zu vermeiden. Waren für die Landwirtschaft die Zinslasten unerträglich, so konnte man die Zinsen, die die städtischen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden zu entrichten hatten, nicht unangetastet lassen. Wollte man zudem die Herrschaft individueller Willkür, die die Osthilfverordnung kennzeichnet, nicht verallgemeinern, so blieb schließlich nur der Weg übrig, eine allgemeine Zwangswirtschaft des Kreditwesens zu statuieren, den Eingriff in die privaten Rechtsverhältnisse nach wenigstens formell allgemeingültigen Regeln vorzunehmen. Und diese Zwangswirtschaft erschien zu einer Zeit möglich, wo durch die Stillhalte- und Devisenvorschriften der freie Kapitalverkehr mit dem Ausland fast völlig beseitigt und im Inlande der Kapitalmarkt infolge der Krise fast außer Funktion gesetzt ist.

Damit gewann man dann zugleich die Möglichkeit, einer anderen Notwendigkeit, an die die Regierung glaubte, Rechnung zu tragen. Deutschlands auswärtiger Handel ist durch die Währungswirren und den neuen Protektionismus schwer gefährdet. Handelspolitische Abwehrmaßnahmen können zur Not die Einfuhr erschweren, aber nicht das Wichtigere, die Aufrechterhaltung unseres Exports, sichern. Zudem zwingt die internationale Verhandlungslage Deutschland politisch bei allen Abwehrmaßnahmen zur Vorsicht und Zurückhaltung. Daher die Idee der Regierung, durch allgemeine Senkung der Produktionskosten die deutsche Exportfähigkeit zu steigern.

Senkung der Produktionskosten heißt aber auch und vor allem Senkung der Löhne. Senkung der Löhne bedeutet andererseits Verminderung der Nachfrage nach Konsumtionsgütern, die in diesem Krisenstadium in keiner Weise durch vermehrte Nachfrage nach Produktionsgütern kompensiert wird, heißt also Verschärfung der Krise. Wollte man diese Wirkung einigermaßen ausgleichen, so nur durch Senkung der Lebenshaltungskosten. Und dafür schien der Weg der Zinssenkung wieder neue Möglichkeiten zu bieten. Die Zinssenkung erlaubte die Herabsetzung der Mieten, auch nachdem die sofortige Aufhebung der Hauszinssteuer sich als unmöglich erwiesen hatte. Sie entlastet die Produktion und erweitert den Spielraum für Preissenkungen. Und die Regierung glaubte, das alles erreichen zu können, ohne neue Anspannung der öffentlichen Finanzen.

So kam schließlich ein Werk zustande, das wirkliche und vermeintliche Interessen der zwischenkapitalistischen Schichten befriedigt unter stärksten Eingriffen in die Rechtsgrundlagen der bürgerlichen Gesellschaft. Die neue Notverordnung ist widerspruchsvoll wie der Kleinbürger selbst, sie greift das Privateigentum an, nicht um es aufzuheben, sondern um einige seiner Folgen zu mindern, die den Kleinbürger bedrücken. Sie erreicht ihr Ziel auf Kosten der Arbeiter, für die die Preissenkung nicht die Lohnkürzung kompensiert, und auf Kosten des dem der Boden, auf dem sich seine Gesellschaft erhebt, fortgezogen wird.

Die verletzten Interessen der Arbeiter zu verteidigen, den Kampf um den Schutz ihrer Lebenshaltung zu verschärfen, die Abwehr gegen die faschistische Drohung zu steigern, ist unsere wichtigste Aufgabe. Aber es ist nicht unsere Sorge, die Rechtsgrundlagen des Kapitalismus zu verteidigen. Der kleinbürgerliche Sozialismus ist in sich widerspruchsvoll und kein Gebilde von Dauer. Sein Teilsieg war nur möglich in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen und geistigen Umwälzungen des Krieges, der Inflation und der Weltkrise alle Stützen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in Deutschland unterhöhlt haben. Für den wissenschaftlichen Sozialismus aber bedeutet die ungeheure Erschütterung aller ideologischen Grundlagen des kapitalistischen Systems dauernden Gewinn in der Zukunft.
